Ressort: Politik

Bericht: Bildungsministerium will Grundgesetz ändern

Berlin, 13.03.2013, 13:29 Uhr

GDN - Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) will in der nächsten Legislaturperiode eine Änderung des Grundgesetzes durchsetzen. Die Umgestaltung, so erläutern Bundes- und Landespolitiker in der neuen Ausgabe des "Manager Magazins" (Erscheinungstermin: 15. März), soll dem Bund künftig ermöglichen, Universitäten systematisch finanziell zu fördern.

Kritiker befürchten dadurch zentralistische Einflüsse auf die Inhalte der Universitätsforschung. Bisher untersagt das sogenannte Kooperationsverbot des Grundgesetzes dem Bund direkte und dauerhafte Zahlungen für Forschung und Lehre an den Hochschulen, da diese - wie etwa auch die Schulen - unter die Hoheit der Länder fallen. Eine Grundgesetzänderung war im vergangenen September im Bundesrat gescheitert. Dennoch scheut Cornelia Quennet-Thielen vor einem neuen Anlauf nicht zurück: Die Staatssekretärin im CDU-geführten BMBF will künftig "alle Kräfte bündeln und Kooperationen fördern", etwa zwischen Universitäten und den Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft, die 90 Prozent ihrer Grundförderung aus Bundesmitteln erhalten.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-9771/bericht-bildungsministerium-will-grundgesetz-aendern.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619